



AußenwirtschaftsNews – China

06/2026

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für die USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Wirtschaftliche Lage

- Im ersten Quartal 2026 wuchs Chinas Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 5,0 Prozent. Die chinesische Wirtschaft ist demnach mit einer robusten wirtschaftlichen Entwicklung ins neue Jahr gestartet. Seitdem hat sich die konjunkturelle Lage im Reich der Mitte jedoch merklich abgekühlt.
- Nachdem die industrielle Wertschöpfung in den ersten drei Monaten des Jahres um zwischen 5,7 und 6,3 Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat zugelegt hatte, verringerte sich das Wachstumstempo im April auf nur noch 4,1 Prozent. Der Output der Unternehmen aus dem High-Tech-Sektor stieg zugleich weiter stark an. Gegenüber April 2025 lag dieser um 12,8 Prozent höher.
- Die Bruttoanlageinvestitionen haben sich zuletzt schwach entwickelt. Nachdem sie im Januar und Februar (beide +0,7 Prozent) gegenüber dem jeweiligen Vormonat noch leicht angestiegen waren, gingen sie im März leicht (-0,58 Prozent) und im April (-2,36 Prozent) deutlich zurück. Vor allem die Investitionen des Dienstleistungssektors (-4,2 Prozent) sowie von Unternehmen mit ausländischen Investoren (-4,9 Prozent) gingen im Zeitraum von Januar bis April 2026 gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück.
- Klar unter dem Niveau des Vorjahres lagen in den ersten vier Monaten des Jahres 2026 die Immobilieninvestitionen (-13,7 Prozent). Dies zeigt, dass die Immobilienkrise noch immer nicht ausgestanden ist. Die damit einhergehende Verunsicherung der Verbraucher wirkt sich merklich auf das Konsumverhalten aus. Die Einzelhandelsumsätze stiegen im Zeitraum von Januar bis April um lediglich 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.
- Die Geschäftserwartungen bleiben verhalten: Der Einkaufsmanagerindex (PMI) für das verarbeitende Gewerbe lag im Mai mit 50,0 Punkten nur noch genau auf der Wachstumsgrenze. Im März lag er mit 50,4 Punkten noch leicht darüber.

2 Handels- und Investitionspolitik

- Die EU-Kommission will die europäischen Handelsschutzinstrumente gegen unfaire Handelspraktiken stärken. In einem [informellen Papier](#) schlägt sie bei internationalen Überkapazitäten vor, den heimischen Markt durch sektorbezogene Zölle zu schützen. Aktuell kann die EU nur mit produktspezifischen Instrumenten reagieren. Frankreich, Italien, Litauen, die Niederlande und Spanien unterstützen die Vorschläge. Die Bundesregierung zögert damit, ein robusteres Vorgehen gegen die Überkapazitäten in der chinesischen Industrie mitzutragen. Zwar erwähnt das Papier China nicht explizit, nennt aber industrielle Überkapazitäten und staatliche Eingriffe als Probleme im internationalen Handel. China hat der EU bereits mit Gegenmaßnahmen gedroht, sollten neue Handelsbeschränkungen beschlossen werden.
- Ab dem 1. Juli 2026 können chinesische Bürger erstmals direkt im Ausland investieren und dort Unternehmen gründen. Grundlage dafür ist die neue Verordnung Nr. 837 des chinesischen Staatsrates. Künftig müssen Privatpersonen nicht mehr zunächst eine Holdinggesellschaft in China errichten, um internationale Investitionen tätigen zu können. Bisher war die Möglichkeit, außerhalb Chinas zu investieren, ausschließlich Unternehmen und anderen juristischen Personen vorbehalten. Für Privatpersonen existierte bislang kein gesetzlich geregeltes Genehmigungsverfahren für Direktinvestitionen im Ausland (Quelle: [Table.Briefings](#)).

3 Industriepolitik

- Chinesische Unternehmen erhalten wesentlich mehr Staatsgelder als ihre Wettbewerber in OECD-Ländern. Das ist das Ergebnis einer neuen [OECD-Auswertung](#). Zwischen 2005 und 2024 erhielten drei- bis achtmal mehr Subventionen als Unternehmen aus den OECD-Mitgliedsländern. Schätzungsweise 60 Prozent der weltweiten Marktanteilszuwächse chinesischer Firmen in den vergangenen 20 Jahren lassen sich auf diese staatlichen Fördermaßnahmen zurückführen. Gleichzeitig entwickelten sich Produktivität und Gewinne nicht im gleichen Umfang. Die OECD sieht darin die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen und negativen Auswirkungen auf den internationalen Handel.
- Die OECD weist in ihrem [Steel Outlook 2026](#) auf erhebliche Überkapazitäten in der globalen Stahlindustrie hin. Nach Einschätzung der Organisation könnten diese selbst wettbewerbsfähige Stahlhersteller belasten. Die weltweiten Stahlproduktionskapazitäten würden zwischen 2025 und 2027 um rund 165 Millionen Tonnen beziehungsweise knapp sieben Prozent zunehmen. Dem stehe jedoch lediglich ein erwartetes Nachfragewachstum von durchschnittlich 0,7 Prozent bis 2030 gegenüber. Etwa 58 Prozent des Kapazitätsausbaus entfallen auf asiatische Länder, wobei insbesondere China und Indien eine zentrale Rolle spielen. Zudem ist China führend bei der Ausweitung von Stahlproduktionskapazitäten im Ausland.

4 Sicherheitspolitik

Das US-Verteidigungsministerium hat Alibaba, Baidu, BYD und weitere chinesischen Unternehmen auf die sogenannte Chinese Military Companies List gesetzt. Das Ministerium geht davon aus, dass diese Unternehmen mit dem chinesischen Militär oder der chinesischen Rüstungsindustrie in Verbindung stehen. Ab Ende Juni darf das Pentagon keine Verträge mit diesen chinesischen Unternehmen abschließen. Zudem dürfen keine Produkte oder Dienstleistungen der gelisteten Unternehmen weder direkt noch indirekt bezogen werden (Quelle: [Reuters](#)).

5 Wettbewerb

Der Autobauer Stellantis hat mit dem chinesischen Staatskonzern Dongfeng Motor Corporation ein Joint Venture [angekündigt](#), um künftig E- und Hybridfahrzeuge der Marke Voyah im französischen Werk Rennes zu produzieren und in Europa zu verkaufen. An dem Gemeinschaftsunternehmen hält Stellantis 51 Prozent und Dongfeng 49 Prozent. Es soll Vertrieb, Einkauf und in Teilen auch Entwicklung übernehmen. Für Stellantis ist das Joint-Venture Teil einer umfassenderen China-Strategie. Das Unternehmen produziert bereits zwei Modelle von Leapmotor in Spanien.

6 Finanzmarkt

China verschärft seine Regulierung des Private-Fund-Sektors. Mit neuen Vorgaben sollen Risiken im Markt reduziert sowie rechtswidrige oder ineffiziente Geschäftspraktiken eingedämmt werden. Die Behörden wollen die Qualität der Marktteilnehmer verbessern, indem Zulassungen künftig strenger geprüft werden und Fonds, die gegen Vorschriften verstoßen, leichter vom Markt ausgeschlossen werden. Für europäische Unternehmen ergeben sich daraus sowohl Chancen als auch Herausforderungen. Eine strengere Regulierung kann zu mehr Transparenz im chinesischen Finanzmarkt beitragen. Gleichzeitig dürfte der Staat den Kapitalfluss strategisch steuern, sodass Investitionen vermehrt in politisch bevorzugte Branchen gelenkt werden (Quelle: [Aktien.news](#)).



Ansprechpartner

Tatjana Vargas

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-442

tatjana.vargas@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Elias Kerperin

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422

Elias.kerperin@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.